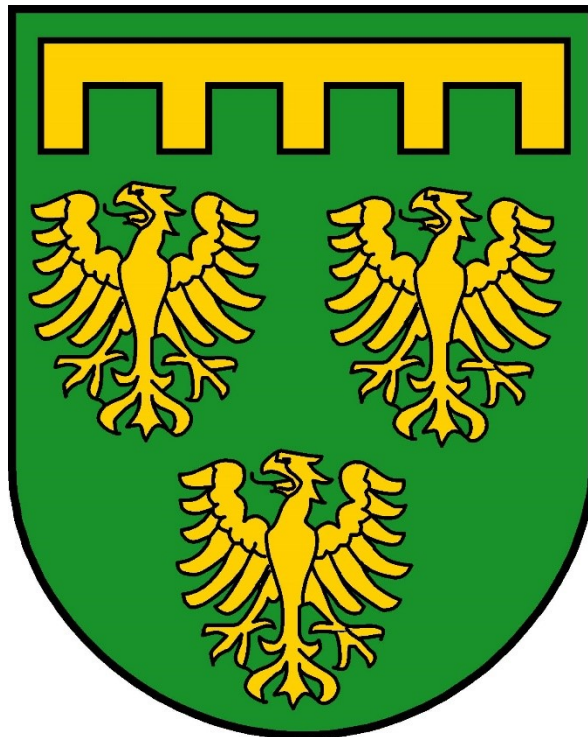


**Satzung über die Erhebung der  
Grundsteuer und der Gewerbesteuer  
der Gemeinde Rommerskirchen  
(Hebesatzsatzung)**



**vom 09. Dezember 2022**

## INHALTSVERZEICHNIS

Präambel.....	3
§ 1 Steuersätze.....	3
§ 2 Inkrafttreten.....	3

## Präambel

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666 / SGV NRW 2023), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13.04.2022 (GV.NRW.S 490) in Verbindung mit § 25 des Grundsteuergesetzes vom 07.08.1973 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16.07.2021 (BGBl. I S. 2931) und des § 16 des Gewerbesteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.10.2002 (BGBl. I S. 4167), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 19.06.2022 (BGBl. I S. 911), hat der Rat der Gemeinde Rommerskirchen in seiner Sitzung am 17.11.2022 folgende Satzung zur Festsetzung der Hebesätze beschlossen:

### § 1 Steuersätze

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt festgesetzt:

- |   |           |
|---|-----------|
| <b>1. Grundsteuer</b>   |           |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe<br>(Grundsteuer A) | 285 v. H. |
| 1.2 für die Grundstücke<br>(Grundsteuer B)                              | 493 v. H. |
| <b>2. Gewerbesteuer</b>   | 450 v. H. |

### § 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2023 in Kraft.

#### Bekanntmachungsanordnung:

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

#### Hinweis:

Gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666 / SGV NRW 2023) in der zurzeit gültigen Fassung kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,

- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und die dabei verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Rommerskirchen, den 09.12.2022

(Dr. Martin Mertens)  
Bürgermeister